

Europawahlprogramm 2019

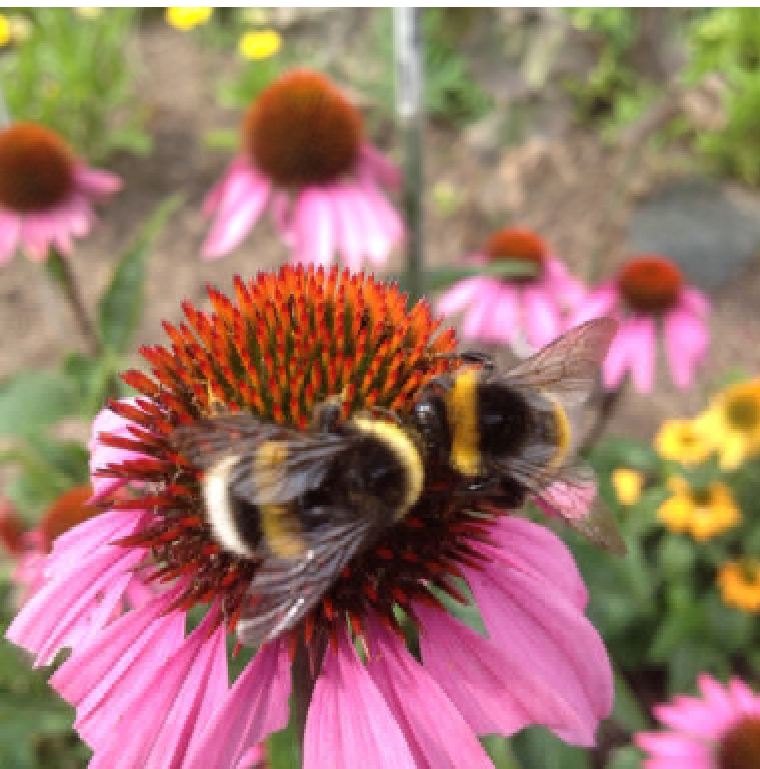
der Aktion Partei für Tierschutz – DAS ORIGINAL - Tierschutz hier!

Ein Plädoyer für das Leben und ein Überleben auf der Erde



Vorwort

□ Das Arten- und Pflanzensterben auf unserem Planeten nimmt stetig zu, gleichzeitig wächst sich die Menschheit zu Tode. Im Jahr 1800 wurde die Schallmauer von einer Milliarden Menschen erreicht, 127 Jahre später im Jahr 1927 waren es zwei Milliarden, 1960 bereits drei Milliarden, 1974 vier Milliarden und heute, Ende 2018, sind es ca. 7,7 Milliarden Menschen, die den Planeten (über-)bevölkern. Es könnten auch schon 8 Milliarden Menschen sein, genau weiß es eh schon niemand mehr.



Nach Schätzungen der UNO werden im Jahr 2100 über 11 Milliarden Menschen die Erde bevölkern. Und alle möchten auf überdurchschnittlichem Niveau leben, arbeiten, wohnen, sich ernähren und mobil sein. Man muss nicht studiert haben, um zu erkennen, was dies für die Ressourcen und unsere Lebensgrundlagen auf der Erde bedeutet.

Das Verschwinden von immer mehr Tierarten auf der Erde wird noch zu ganz anderen Problemen führen als den fehlenden Honig auf unserem Frühstücksbrötchen, wenn die Bienen erst einmal ausgestorben sind. Wir sind zwingend auf ein gesundes Gleichgewicht zwischen Mensch, Tier und Pflanzenwelt angewiesen.

Somit kann die Frage, ob der Planet überleben wird mit einem klaren JA beantwortet werden. Werden aber auch die Menschen und die Tiere überleben? – Wenn wir so weiter machen, lautet die Antwort genauso klar: NEIN!

Um die Tier- und Pflanzenwelt, um unser ökologisches Gleichgewicht wiederherzustellen, muss Europa aktiv werden.

Die Rettung der Tier- und Pflanzenwelt muss eine Primäraufgabe für Europa werden und als solches Ziel in einem Vertrag für eine europäische Verfassung mit reingeschrieben werden.

96 von 751 EU-Abgeordneten kommen derzeit aus Deutschland. Dies zeigt den Einfluss, den Deutschland gelten machen könnte.



1. Tierschutz

□ Die „Aktion Partei für Tierschutz – DAS ORIGINAL - TIERSCHUTZ hier!“ fordert den **Tierschutz als Staatsziel in eine europäische Verfassung** aufzunehmen. Folter am Tier in der Landwirtschaft muss auch als solches geahndet werden. Gekürzte Hühnerschnäbel, abgeschnittene Ringelschwänze bei Schweinen, ausgebrannte Hornanlagen bei Kälbern, das Schächten von Tieren aus religiösen Gründen, das Durchtrennen der Stimmbänder von Hunden oder das Kastrieren von Ferkeln ohne Betäubung sind nur einige staatlich erlaubten oder geduldeten Foltermethoden. Das Ergebnis steht dann im Supermarkt, wo das Kilo Fleisch zu Dumpingpreisen angeboten wird.

Noch nicht einmal der geringe juristische Schutz erlaubt es Tierschutzorganisationen

Verbandsklage bei Tierfolter und Verstoß gegen bestehende Tierschutzgesetze einzureichen. Gegen untätige Behörden besteht derzeit kein Rechtsschutz. Wer den Tieren zu dem Schutz verhelfen will, der ihnen zusteht, dem sind die Hände gebunden.

Von daher fordern wir das:

**Recht auf eine europaweite Tierschutz
Verbandsklage.** Ca. 3 Millionen Tiere sterben jährlich alleine in deutschen Versuchslaboren. Tierversuche sind durch den Einsatz von



tierversuchsfreien Verfahren zu ersetzen. Viele Erkenntnisse aus Tierversuchen sind auf dem Menschen nicht übertragbar und damit überflüssig. Versuche an Menschenaffen wollen wir grundsätzlich verbieten.

Wir fordern eine europaweite Strategie zum **Ausstieg aus Tierversuchen**.

In der Zwischenzeit müssen alle Ergebnisse von Tierversuchen transparent offengelegt werden. Die Ergebnisse müssen für alle, ohne Ausnahme, einsehbar sein. Viele Versuche finden zudem mehrfach statt, da die Erkenntnisse daraus private Firmen nicht der Konkurrenz zur Verfügung stellen möchten.



Elefanten, Tiger, Affen und andere Wildtiere werden leider immer noch gezwungen, fragwürdige Kunststücke in der Zirkusmanege vorzuführen.

Diese Tiere leiden, weil sie von den Zirkussen nicht artgerecht gehalten werden können. Die Ämter vor Ort sind völlig überfordert, oftmals überalterte Haltungsvorgaben zu überprüfen und Verstöße zu ahnden.

Von daher fordern wir auch hier: **Keine Wildtiere im Zirkus**.

Der Export von Tieren aus der EU boomt wieder. Millionen Tiere werden jährlich oft Tausende von Kilometer durch Europa transportiert. Rinder, Schafe und Schweine sind dabei oft wochenlang unter katastrophalen Bedingungen eingepfercht. Niemand in Europa kümmert sich darum, wie die Tiere zum letzten Zielort gebracht werden.

Wir fordern: **Strengere Regelungen für Tiertransporte**. Sie sind zudem auf das allernotwendigste zu beschränken. Transporteure, die auch außerhalb Europas die bei uns geltenden Tierschutzgesetze nicht einhalten, dürfen auch innerhalb Europas keine Lebewesen mehr transportieren.

2. Tierschutz in der Landwirtschaft – Massentierhaltung beenden

□ Eine gesunde Ernährung ist auch ohne oder mit wenig tierischen Produkten möglich. Ein hoher Anteil an Gemüse/Früchten, an Nüssen oder an Vollkornprodukten in der Ernährung trägt wesentlich zur Erhaltung und Verbesserung der Gesundheit bei.

Der Konsum von pflanzlichen – zu Lasten tierischer Nährstoffe ist für alle ein Gewinn. Das Angebot nicht-tierischer Ernährungsmittel zu erhöhen und zu verbessern, ohne dass Einbußen bei Entscheidungsfreiheit, Genuss und Bequemlichkeit hingenommen werden müssen, ist Aufgabe einer verantwortungsbewussten Landwirtschaft.

Wir fordern: **Zölle auf landwirtschaftliche Tierprodukte** bei Exporten außerhalb der EU.

Außerdem: **Abschaffung der Mehrwertsteuer auf vegane Lebensmittel.**



Artgerechte Tierhaltung ist für uns nicht verhandelbar. Die Massentierhaltung auch noch europaweit staatlich zu subventionieren ist für uns ein „No-Go“ und ein Skandal. Wir fordern: **Die Subventionierung der Massentierhaltung muss beendet werden.**

Stattdessen: Subventionen für Bauern die ihre Tiere artgerecht und nach biologischen Grundsätzen halten. Dadurch soll erreicht werden, die Massentierhaltung gänzlich abzuschaffen.

Keinem Fleischesser kann es egal sein, wenn das Fleisch Zusätze enthält, die dort einfach nicht hingehören oder wenn Tiere für den menschlichen Verzehr gequält und gefoltert werden wie es in den Tierfabriken (der Begriff Bauernhof verbietet sich hier) gang und gäbe ist.

Kaum jemand würde Fleisch essen im Wissen, dass es resistente Keime, Antibiotika oder Wachstumshormone enthält, sein Essen also krank macht. Man hofft immer darauf, dass „sein“ Schnitzel aus dem Supermarkt diese Stoffe nicht enthält. – Was für ein Irrtum!

Das fatale dabei ist: Wer bei sich zu Hause frisch kocht, weiß in der Regel, was auf den Teller kommt. Kaum jemand, der in einem öffentlichen Restaurant, in einer Kantine oder in einer Mensa an der Universität isst, erfährt etwas über die Herkunft seines Essens.

Für die Produktion von 1 kg Rindfleisch werden über 12.000 Liter Wasser benötigt. Mehr als ein Drittel der Pestizide, die im Wasserhaushalt enden, kommen aus der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung. Die Nutztierhaltung ist eine wichtige Ursache für die Wasserverschmutzung.



Für die Aufzucht in der Massentierhaltung werden zudem große landwirtschaftliche Flächen benötigt und weltweit Waldgebiete vernichtet.

Wir fordern: **Eine Kennzeichnungspflicht** für alle öffentlichen Restaurants-, Kantinen-, oder Mensabetriebe bezüglich der Herkunft des Fleisches.

3. Empfindungsfähigkeit von Tieren

□ Regelmäßig verletzt der Mensch das Interesse von Tieren, nicht leiden zu müssen. Erst Ende 2018 hat der Bundestag, beschlossen, dass Ferkel auch weiterhin ohne Betäubung bei vollem Bewusstsein kastriert werden dürfen. Ob die Vorsitzenden der „GroKo“ dies auch beschlossen hätten, wenn es um ihre eigene Kastration gegangen wäre?

Wir fordern: **Diese Form der Kastration muss sofort verboten werden.**

Mit zunehmendem Wissen über die Empfindungsfähigkeit wird es immer schwieriger, Praktiken zu rechtfertigen, die Tierleiden verursachen. Es ist ein zentraler Grundsatz unserer gesellschaftlichen Ordnung, dass Gleiches nach Maßgabe seiner Gleichheit gleich und Ungleiches nach Maßgabe seiner Ungleichheit ungleich zu behandeln ist.

Tierleiden ist vermeidbar. Handlungsbedarf besteht in vielen Bereichen. Nicht nur im Bereich der Tierversuche oder in der landwirtschaftlichen Massentierhaltung.

Mensch und Tier haben ein wichtiges gemeinsames Interesse: Sie wollen keine Leid- und Schmerzempfindungen erfahren. Sie haben ein gemeinsames, wenn auch inhaltlich nicht deckungsgleiches Bedürfnis nach physischer und psychischer Integrität. Sie haben mithin ein Interesse, keine schmerzhaften Eingriffe in ihre physische Integrität zu erfahren, sich frei bewegen zu können, Zugang zu gesunder Nahrung zu haben und ihre sozialen Beziehungen auszuleben.

Wir fordern: **Das Verbot von Schächten von Tieren**, auch aus religiösen Gründen.

Keine Ausnahmen! Auch die Elektrokurzzeitbetäubung stellt keine geeignete Praxis dar.

Den Menschen in Europa wird in der Werbung häufig suggeriert, dass es den Tieren in der Tierhaltung doch gut gehe. Zynischer und verlogener kann man seine Produkte nicht mehr auf den Markt bringen. Für wenige ausgesuchte Bio-Bauernhöfe mag das gelten, diese spielen aber leider kaum eine Rolle.

Wir fordern von daher: **Die Industrie darf nicht mehr mit Bildern von „glücklichen Tieren“ auf ihren Produkten werben.**



Für uns ist es auch nicht hinnehmbar, dass Tiere zur Belustigung der Menschen gequält und getötet werden. Deshalb unsere Forderung: **Stierkämpfe europaweit zu untersagen.**



Tiere dürfen außerdem nicht in Zirkussen, Delfinarien oder Kirmessen zur Schau gestellt werden. Dazu gehört auch ein Pferdeverbot an Karnevalsumzügen. Zahlreiche verletzte Menschen in den letzten Jahren untermauern die Sinnhaftigkeit eines entsprechenden Erlasses.

Jedes Jahr müssen Tierheime allein in Deutschland über 280.000 Hunde, Katzen, Kaninchen oder Reptilien aufnehmen und versorgen. Ungeachtet dessen werden Tiere für den Profit gezüchtet. Dieser

Rassenwahn hat dramatische Auswirkungen: Muttertiere werden in engen Käfigen als Gebärmaschinen gehalten, die Überzüchtung lässt Tiere leiden durch Schmerzen, Gesundheitsstörungen und Funktionsstörungen ihrer eigenen Bewegungsabläufe. Diese Form der Tierhaltung lehnen wir strikt ab.

Was passiert, wenn Tiere über viele Generationen immer wieder gegen ihre Natur gehalten werden, ist bisher kaum erforscht. Eines der Grundübel dürfte darin bestehen, wenn Tiere zu früh nach der Geburt von der Mutter getrennt werden. Dies ist nicht nur bei Menschen ein Verbrechen. Wir fordern: **Ein striktes Verbot der Trennung neugeborener Tiere von ihren Müttern!**

4. Umweltschutz

□ Der Klimawandel ist noch längst nicht vollzogen, – er beginnt gerade erst. Oder um es deutlich zu formulieren: Teile von NIEDERSachsen oder den NIEDERlanden wird es in einigen Jahrzehnten nicht mehr geben, wenn der globale Temperaturanstieg und der damit einher gehende Anstieg des Meeresspiegels weiter voranschreiten. Und genau danach sieht es aktuell aus.

Da können die europäischen Staaten an der Atlantikküste noch so viel Geld in den Hochwasserschutz stecken – das Wasser droht in einigen Regionen von unten das Land zu fluten. Alle Lebewesen aus den NIEDERlanden werden in der Zukunft vor dem Wasser fliehen müssen. Welche Politiker plant heute schon damit? Niemand!

Wir fordern von daher: **Alle Interessen der Konzerne haben sich den ökologischen Interessen rigoros unterzuordnen.**



Diese ökologischen Interessen müssen **europaweit Verfassungsrang** erhalten.

Der Begriff Wirtschaftswachstum führt zudem in die Irre. Es geht nicht um Wirtschaftswachstum, sondern um Lebensqualität. Wir leben alle auf Kredit. Ressourcen die in Millionen von Jahren entstanden, werden von der Menschheit in wenigen Jahrhunderten verbraucht.

Die Verschmutzung der Weltmeere nimmt immer bedrohlichere

Ausmaße an. Plastikmüll ist schwer zu recyceln und landet so häufig in den Flüssen und in den Weltmeeren. Einige Fischarten in der Nordsee enthalten bereits so große Plastikmengen, dass sie eigentlich nicht mehr in den Verkauf dürften. Der Konsum von Fisch ist seit einiger Zeit keine unbedenkliche Angelegenheit mehr. Dieses Problem wird sich in den nächsten Jahren noch verschärfen.

Wir fordern: **Ein europaweites Verbot von Plastiktüten.**

Immer mehr Ärzte raten inzwischen vom Fischkonsum ab, da die Fische inzwischen als in Teilen verseucht gelten und den Menschen krank machen. Wir von der Aktion Partei für Tierschutz empfehlen dringendst, den Verzehr von Fischen einzustellen.

Das weltweite Artensterben liegt auch an dem Einsatz von sog. Pflanzenschutzmitteln. Der Name alleine ist schon paradox. Pflanzenschutzmittel zerstören unterm Strich mehr als sie schützen sollen.

Wir fordern: **Chemische Pflanzenschutzmittel wie Glyphosat u.a. dürfen nicht mehr eingesetzt werden.**

5. Energiepolitik

Energiepolitik ist heute immer auch Mensch-, Umwelt- und Tierschutzpolitik.

Die Aktion Partei für Tierschutz fordert den Einsatz modernster Technik, um den weltweiten Energiehunger zu stillen und um unsere Energie- und die daraus entstehenden Umweltprobleme zu lösen.

Der Verzicht auf fossile Brennstoffe sowie auf Kernenergie aus Kernspaltung sollte selbstverständlich sein. Damit erneuerbare Energien aber auch besser zur Verfügung stehen,



müssen die Netze schneller ausgebaut werden. Europaweit! Strom aus Windkraftträdern oder Solarzellen muss grenzüberschreitend transportiert werden können.

Der alternative Einsatz von erneuerbaren Energien wird nach unserer Auffassung aber nicht ausreichen, um den Energiebedarf zu stillen. Mit dieser Aussage unterscheiden wir uns recht deutlich von anderen Tier- und Umweltschutzparteien.

Wir sind fest davon überzeugt, dass die Kernfusion auf absehbarer Zeit eine entscheidende Rolle bei der Energiegewinnung leisten wird. **Die Kernfusion ist nicht mit der Kernspaltung zu verwechseln** und stellt eine saubere Art der Energiegewinnung dar, für die kein spaltbares Uran benötigt wird, sondern Wasserstoff. Dieser ist nahezu unbegrenzt verfügbar.

Bei der Kernfusion entsteht ein Vielfaches an Energie im Vergleich zur Kernspaltung und es fallen dabei praktisch keine Abfälle an. Die aktuellen Forschungsergebnisse aus China von November 2018 dazu begrüßen wir ausdrücklich. Europa darf sich hier aber nicht hintenanstellen, um den Anschluss an diese Technik nicht zu verlieren.

Wir fordern von daher: **Mehr Forschungsgelder von der EU für die Entwicklung der Kernfusion.** Ziel sollte sein, bis zum Jahr 2045 den ersten einsatzfähigen Fusions-Reaktor in Betrieb zu nehmen.

Ein weiterer Baustein bei der Anwendung von alternativen Energien, ist die **Erforschung der Raumenergie (Null-Punkt-Energie)**. Sollten die theoretischen Ansätze hierbei sich in der Praxis beweisen können, wäre auch dies ein neuer Ansatz in der Energiegewinnung.

6. Verbraucherschutz

□ Das Thema „Tierschutzverbandsklage“ wurde oben im Programm bereits deutlich angesprochen. Um den Verbraucherschutz steht es innerhalb der EU ebenfalls nicht zum Besten: Sammelklagen gegen die Autoindustrie (Stichwort: Diesellaffäre) oder gegen sonstige Wirtschaftsunternehmen sind bisher leider nicht möglich.

Dieses Recht fordern wir für alle Menschen in der EU ein. Dann wären Skandale in der Medizin, wie aktuell bei Hüft-, Knie- oder Brustimplantaten, schwerer denkbar.

Richtlinien zum Datenschutzmissbrauch sind oft schwammig formuliert und führen häufig zu Datenmissbrauch.

Wir benötigen dringend verbindliche EU-Verordnungen im Nahrungsmittelbereich. Jeder muss



wissen, was auf seinem Teller liegt und woher es kommt. Nur so kann der Unsinn, Lebensmittelprodukte aus fernen Ländern zu importieren, obwohl gleichwertige Produkte aus der Region zur Verfügung stehen, beendet werden.

Wenn schon Fleisch gegessen wird, soll auch jeder wissen, woher es kommt, dies würde die biologische Landwirtschaft beflügeln und wäre ein schwerer Schlag gegen die Tierfabriken, die auf artgerechte Tierhaltung keinen Wert legen. Wir sind davon überzeugt, dass ein verstärktes

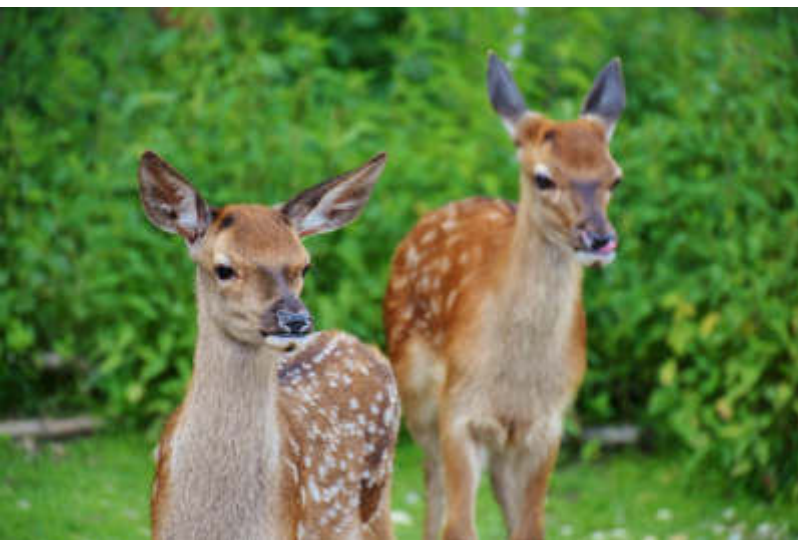
Bewusstsein und Aufklärung zu einem Umdenken in der Bevölkerung führen wird.

7. Europäisches Rechtssystem sowie Jagdrecht

Die Menschen in Europa möchten und sollen mehr in die Verantwortung genommen werden.

Aus diesem Grund fordern wir **die Einführung von europaweiten Volksbegehren und Volksentscheiden.**

Die EU-Institutionen müssen dafür transparenter werden. Das EU-Parlament ist in seinen Rechten zu stärken. Das Parlament muss das Recht erhalten, Gesetze selbst zu formulieren. Es reicht nicht aus, nur über Vorlagen der EU-Kommissare, die unter erheblichen Einfluss von Lobbyisten der Konzerne stehen, abzustimmen.



Wir setzen uns für ein **einheitliches europäisches Jagdrecht** ein. Ziel ist es, das Leitbild der Nachhaltigkeit auf sämtliche Bereiche der Naturnutzung zu übertragen. Eine nachhaltige Jagd muss mit der Erhaltung der Artenvielfalt und dem Schutz von natürlichen Lebensräumen vereinbar sein. Die meisten nationalen Jagdrechte gehen auf diese Aspekte völlig unzureichend ein. Ein reformiertes europäisches Jagdrecht ist überfällig. Die Hobbyjagd ist zu verbieten.

Weiterhin fordern wir, **dass EU-Kommissare durch das EU-Parlament vorgeschlagen und entlassen werden müssen.**

Dabei gilt der Grundsatz: Was in den Kommunen oder in den Regionen selbst gestaltet werden kann, ist nicht aus Brüssel heraus zu kontrollieren. Die Regulierungswut in Brüssel muss beendet werden.

Wir fordern: **Ein weitgehend einheitliches europäisches Steuerrecht** unter Berücksichtigung regionaler Belange.

Unternehmensgewinne sind in den Ländern zu besteuern, wo sie erwirtschaftet werden. Sogenannte Steueroasen sind auszutrocknen. Es sind EU-weite Mindeststeuersätze zu erlassen.

Die EU muss für arbeitsrechtliche-, soziale- und Umweltstandards sorgen. Der unbeschränkte Zugang zu sauberem Trinkwasser muss gesetzlich weiter geregelt werden.

Die Privatisierung der Wasserwirtschaft lehnen wir strikt ab.

8. Wirtschaft/Außenpolitik

□ Ein Wirtschaftssystem, bei dem die Menschen, die 40 Stunden die Woche arbeiten, oft nicht mehr ihre Familien vernünftig über die Runden bringen können, ist schlichtweg asozial. Die Vermögensverteilung in Europa sieht nach einer Studie der Europäischen Zentralbank so aus: Die reichsten 10 % der Haushalte im Euroraum besitzen mehr als die Hälfte des gesamten Vermögens. Die andere Vermögenshälfte werden auf den großen „Rest“, auf 90%, verteilt.

Wobei rund 40% der Menschen gar kein Vermögen besitzen und nur von dem leben, was Ihnen entweder durch Arbeit oder durch Sozialleistungen gerade so zur Verfügung gestellt wird. Kein System funktioniert so auf Dauer.



Unser derzeitiges Wirtschaftssystem ist ausschließlich auf Wachstum ausgelegt. Die ökologischen Auswirkungen wurden bereits oben im Abschnitt „Umweltschutz“ kurz erwähnt.

Auch eine Wirtschaft kann nicht unbegrenzt wachsen, ohne sich dabei mittelfristig selbst zu zerstören. Dies wäre ein Verstoß gegen alle Naturgesetze. Ein Wirtschaftssystem, welches sich ständig höher verschuldet und sich von

„Zinseszins“-Effekten ernährt, muss zwangsläufig in sich implodieren. Es wird wohl erst passieren müssen, bevor sich etwas Neues etabliert.

Die weltweite Überschuldung kann nicht mehr ausgeglichen werden, das gibt auch jeder seriöse Politiker und Finanzexperte hinter vorgehaltener Hand zu. Unser ganzes Papiergeldsystem funktioniert nur noch, weil wir daran glauben. Das Papiergeld ist schon längst nicht mehr durch Sachwerte oder Goldreserven gedeckt. Im Gegenteil: Der Crash wird nur dadurch noch hinausgezögert, weil die Gelddruckmaschinen ständig weiterlaufen. Sobald die Börsen anfangen diesen Schwindel zu realisieren, wird sich die Abwärtsspirale in Gang setzen – unausweichlich.

Zudem tickt die demografische Zeitbombe: Die Überalterung unserer Gesellschaft wird in den nächsten Jahren über uns hineinbrechen.

Diese Prozesse halten wir für unausweichlich. Eine Korrektur alleine hilft hier nicht mehr weiter. Politiker die mit Wahlprogrammen versuchen, dagegen zu halten, streuen den Menschen Sand in die Augen. Die Aktion Partei für Tierschutz sagt hingegen ganz deutlich: **Kein Politiker wird hier für Dich etwas tun, Du selbst musst aktiv werden.**

Dazu gehört, Zeit in die eigene Aus- und Fortbildung zu investieren. Dazu genügt notfalls ein Handy mit Internet-Anschluss. Das ist das Kapital was bleibt und nicht mehr genommen werden kann. Nur wer sich auf die ständig sich ändernden Prozesse in der Arbeitswelt und in der Gesellschaft vorbereitet, wird erfolgreich bestehen. Ein bedingungsloses Grundeinkommen ohne Arbeit wird es auf absehbare Zeit nicht geben – und selbst wenn: Es wäre wohl zu viel zum Sterben und zu wenig zum Leben.

Facharbeiter müssen in den Ländern bleiben, wo sie am dringendsten gebraucht werden. Wer gezielt Facharbeiter aus Entwicklungsländern abwirbt, lässt die armen Länder ausbluten. Denn dort werden Maschinenbauer, Elektriker und Ingenieur am dringendsten gebraucht.

Europäische Unternehmen, die Fachpersonal benötigen, haben diese selbst auszubilden. Menschen sind genug da.

9. Verkehr/Sonstiges

Die Kernforderungen der Aktion Partei für Tierschutz lauten hier: **Kurze Transportwege**, die Förderung von Produkten aus der Region, Alternativen zu Autos mit Verbrennungsmotor fördern, umweltgerechte Preise im Luftverkehr, Einführung von Nachtflugverboten in der Zeit von 22-6 Uhr, Verlagerung von Gütern auf die Schiene, Vermeidung von Verkehr vor allem in den Nachtstunden. Die biologische Uhr des Menschen ist nachts auf Ruhe eingestellt und nicht auf Arbeit.



Die starke künstliche Beleuchtung in vielen Großstädten muss zudem zurückgefahren werden.

Lichtsmog verändert das Verhalten vieler Tierarten.

Tagaktive Organismen leiden unter den zu hellen Nächten, weil sie sich nicht mehr richtig regenerieren können. Das gesamte Ökosystem wird durch Lichtverschmutzung gestört. Man findet in Europa kaum noch Stellen, wo nachts Dunkelheit erfahren werden kann.

Von daher fordern wir, die Beleuchtung in den Ballungszentren nachts herunterzufahren.

Schlusswort:

□ Die Aktion Partei für Tierschutz (bis 2017: Tierschutzliste) ist deutschlandweit die einzige Tierschutzpartei, die mit Claudia Krüger mit einer Spitzenkandidatin an den Start geht, welche über parlamentarische Erfahrung verfügt.

Claudia Krüger ist seit 2015 Vorsitzende der Fraktion „Tierschutz/Freie Wähler“ im Düsseldorfer Rat. Schon nach wenigen Wochen im Amt, konnte die Fraktion einen der größten „Tierskandale“ in einem Düsseldorfer Versuchslabor aufdecken. Ohne parlamentarische Vertretung hätte es diese Möglichkeit, schon wegen fehlender Zutrittsrechte im Labor, nicht gegeben.

Die „Aktion Partei für Tierschutz – DAS ORIGINAL - TIERSCHUTZ hier!“ konnte die „Freien Wähler“ in Düsseldorf überzeugen, einen Fraktionsvertrag zu unterschreiben, der alle unsere tierschutzpolitischen Forderungen erfüllt. Als Gegenleistung mussten wir uns verpflichten, eine der weltweit größten Sportereignisse, das Eröffnungsrennen der „Tour de France“, mit entscheidender Stimme nach Deutschland (Düsseldorf) zu holen. Tierschutz macht eben manchmal auch vor dem Radsport nicht halt und muss sich auf kommunaler Ebene den spezifischen Anforderungen an eine sachgerechte Politik zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger verpflichten.

Die Presse hatte in den letzten Jahren immer wieder, manchmal bundesweit, über Aktionen und parlamentarische Initiativen der Fraktion „Tierschutz Freie Wähler“ berichtet. Die herausragende Arbeit der Fraktion lässt sich eindrucksvoll auf der Facebookseite der Rathausfraktion nachlesen. Und um 500.000 Menschen in einer Großstadt zu erreichen, muss man auch manchmal ungewöhnliche Wege gehen. Diesen Weg wollen wir in Europa weiterführen.

Für die Teilnahme an einer Europawahl ist es nötig, 4.000 gültige Unterstützungsunterschriften zu sammeln. Dafür haben alle Parteien elf Monate Zeit. Dieses Ziel hatten wir bereits nach nur fünf Wochen im Juni 2018 erreicht! Ohne Unterstützung mehrerer Tierschutzverbände wäre dies in der

kurzen Zeit nicht möglich gewesen. Dafür bedanken wir uns ausdrücklich auch hier im EU-Wahlprogramm.

Zum Zeitpunkt der Verabschiedung dieses Europawahlprogrammes, im Januar 2019, kurz vor Fristablauf für das Einreichen der Wahlunterlagen beim Bundeswahlleiter, hatte noch keine weitere Tierschutzpartei die nötigen Unterstützungsunterschriften gesammelt. Wir wissen bzw. wussten deshalb zum Zeitpunkt der Druckfestlegung noch nicht, ob eine weitere Tierschutzpartei den Wahlantritt schaffen wird.

Es ist unser fester Wille, alle Tierschutzparteien, auch die, welche organisatorisch nicht stark genug sind, um an Wahlen teilnehmen zu können, unter ein Dach zu bringen. Denn nur Gemeinsamkeit macht stark – das gilt nicht nur für Europa.

Aktion Partei für Tierschutz – DAS ORIGINAL - Tierschutz hier!

Bundesgeschäftsstelle/Presseanfragen:

Thomas Schwarz, Rembrandtstr. 116, 41466 Neuss

Telefon: 0176 24790201

www.partei-tierschutz-hier.eu

presse@partei-tierschutz-hier.eu

Aktion Partei für Tierschutz – DAS ORIGINAL | Der Bundesvorstand 2019

www.aktion-partei-für-tierschutz.de